

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
1. Teil Einleitung	1
§ 1 Public Corporate Governance	1
§ 2 Public Corporate Governance Kodizes	10
2. Teil Das Instrument des Public Corporate Governance Kodexes	13
§ 1 Entwicklungsprozess und Rechtsnatur	13
§ 2 Regelungsarten	17
§ 3 Funktionen eines Public Corporate Governance Kodexes	22
§ 4 Entsprechenserklärung	26
3. Teil Untersuchung ausgewählter Regelungsgegenstände	41
§ 1 Regelungen zur Rolle der Anteilseigner	41
§ 2 Regelungen bezüglich des Aufsichtsrates	67
§ 3 Regelungen bezüglich der Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat	103
4. Teil Zusammenfassung und Schlussfolgerung	129
§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Anteilseignern	129
§ 2 Zusammenfassung der Ergebnisse zum Aufsichtsrat und dessen Zusammenarbeit mit dem Vorstand	131
§ 3 Public Corporate Governance Kodex als Instrument der Beteiligungssteuerung	133
Abkürzungen	137
Literatur	141
Kodizes	167
Beteiligungsberichte	169
Rechtsprechung	171
Sachregister	173

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
1. Teil Einleitung	1
§ 1 <i>Public Corporate Governance</i>	1
A. Corporate Governance in der Privatwirtschaft	1
B. Zunehmende Ingebrauchnahme der Gesellschaftsformen des Privatrechts durch die öffentliche Hand	3
C. Der Begriff der Public Corporate Governance	5
I. Eingrenzung des Begriffs	5
II. Public Corporate Governance im föderalen System	7
1. Public Corporate Governance auf der Ebene des Bundes	7
2. Public Corporate Governance auf der Ebene der Länder	8
3. Public Corporate Governance auf der Ebene der Kommunen	8
§ 2 <i>Public Corporate Governance Kodizes</i>	10
A. Bedeutung und Akzeptanz des DCGK	10
B. Public Corporate Governance Kodizes als Gegenstand der Untersuchung	11
2. Teil Das Instrument des Public Corporate Governance Kodexes	13
§ 1 <i>Entwicklungsprozess und Rechtsnatur</i>	13
A. Deutscher Corporate Governance Kodex	13
B. Public Corporate Governance Kodex des Bundes	14
C. Public Corporate Governance Kodizes der Länder	15
D. Public Corporate Governance Kodizes kommunaler Gebietskörperschaften	15
§ 2 <i>Regelungsarten</i>	17
A. Empfehlungen	17
B. Anregungen	19
C. Gesetzesbeschreibung und zwingende Vorschriften	20
§ 3 <i>Funktionen eines Public Corporate Governance Kodexes</i>	22
A. Ordnungs- und Steuerungsfunktion	22
B. Kommunikationsfunktion	23
C. Transparenz	24
§ 4 <i>Entsprechenserklärung</i>	26
A. Verankerung der Entsprechenserklärung	26
I. Regelungen der Kodizes zur Entsprechenserklärung	26
II. Verankerung der Entsprechenserklärung in der AG	27
1. Satzungsregelung zur Verankerung der Entsprechenserklärung	27
2. Verankerung in der Geschäftsordnung des Vorstands	29

3. Schuldrechtliche Erklärungsspflicht	29
4. Entsprechenserklärung ohne vorherige Verpflichtung	31
5. Kein Vorrang öffentlicher Interessen	31
III. Umsetzung einer Erklärungsspflicht in der GmbH	32
1. Verankerung der Entsprechenserklärung in der GmbH	32
2. Entsprechenserklärung bei fehlender Zustimmung der Minderheitsgesellschafter	32
3. Verankerung des Kodexes als verbindliche Grundlage	32
a) Kompetenz zur Satzungsänderung als Sonderrecht	33
b) Beurkundungsfähigkeit einer Verweisung auf den Public Corporate Governance Kodex	34
B. Abgabe der Entsprechenserklärung	36
I. Adressaten der Erklärungsspflicht	37
II. Entscheidung über die Entsprechenserklärung	37
1. Einheitliches Beschlussorgan	37
2. Getrennte Beschlüsse	38
III. Maßgeblicher Zeitraum	39
3. Teil Untersuchung ausgewählter Regelungsgegenstände	41
§ 1 <i>Regelungen zur Rolle der Anteilseigner</i>	41
A. Vorbemerkung	41
B. Vertretung in der Gesellschafterversammlung der GmbH	41
I. Zuständigkeit hinsichtlich der Bestimmung der Vertreter	41
II. Teilnahmerecht	42
III. Teilnahmerecht eines Vertreters der Beteiligungsverwaltung oder Holding	43
IV. Gesamtvertretung oder Einzelvertretung	45
1. Vertretung bei einheitlicher Stimmabgabe	45
2. Vertretung bei uneinheitlicher Stimmabgabe	46
C. Vertretung in der Hauptversammlung der AG	48
I. Teilnahme mehrerer Einzelvertreter	48
II. Teilnahmerecht von Vertretern der Beteiligungsverwaltung	48
D. Ausrichtung am öffentlichen Zweck	49
I. Festlegung des Unternehmensgegenstandes und des Gesellschaftszwecks	49
1. Bedeutung des Unternehmensgegenstandes und des Gesellschaftszwecks	49
2. Definition des Unternehmensgegenstandes und des Gesellschaftszwecks	50
3. Notwendigkeit einer Differenzierung im Zusammenhang mit Public Corporate Governance	51
4. Rolle des Unternehmensgegenstandes und des Gesellschaftszwecks im Public Corporate Governance Kodex	52
5. Rangverhältnis zwischen öffentlichem Zweck und erwerbs- wirtschaftlichem Zweck	54
II. Konkretisierung der Unternehmenspolitik	55
III. Ausrichtung am Unternehmensinteresse	57

1.	Nutzung des Begriffs Unternehmensinteresse im herkömmlichen Sinne	57
2.	Besondere Bedeutung des Unternehmensinteresses im Zusammenhang mit Public Corporate Governance	59
E.	Vorberatung der Beschlüsse von Hauptversammlung und Gesellschafterversammlung	60
I.	Vorbemerkung	60
II.	Vorberatung von Hauptversammlungsbeschlüssen	61
1.	Zulässigkeit öffentlicher Vorberatungen	61
2.	Einbeziehung des Vorstands in die Vorberatung	62
III.	Vorberatung von GmbH-Gesellschafterbeschlüssen	63
1.	Zulässigkeit öffentlicher Vorberatungen	63
2.	Einbeziehung der Geschäftsführung in die Vorberatung	64
F.	Zusammenfassung hinsichtlich der Rolle der Anteilseigner	65
§ 2	<i>Regelungen bezüglich des Aufsichtsrates</i>	67
A.	Bildung eines Aufsichtsrates	67
B.	Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder mittels Entsenderechten	68
I.	Entsenderechte bei unmittelbaren Beteiligungen	68
II.	Entsenderechte bei mittelbaren Beteiligungen	69
1.	Bedeutung von Entsenderechten bei mittelbaren Beteiligungen	69
2.	Bedeutung des § 101 Abs. 2 S. 1 AktG	70
a)	Zweiggliedrige Argumentation	70
b)	Verknüpfung mit der Gesellschafterstellung	70
c)	Entsenderechte Dritter innerhalb der Satzung	73
aa)	Rechte Dritter als echte Satzungsbestandteile	73
bb)	Entsenderecht als unechter Satzungsbestandteil	75
3.	Ergebnis	76
C.	Besetzung des Aufsichtsrats durch geborene Mitglieder	76
D.	Persönliche Voraussetzungen für eine Aufsichtsratsstätigkeit	77
E.	Beratung des Aufsichtsrates durch das Beteiligungsmanagement	79
I.	Bedeutung des Beteiligungsmanagements für die Public Corporate Governance	79
II.	Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen der AG	79
III.	Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen der GmbH	80
F.	Weisungsgebundenheit und Weisungsfreiheit der Aufsichtsratsmitglieder	81
I.	Öffentlich-rechtliche Zielsetzung	81
II.	Der Begriff des Gemeindevertreters	81
III.	Gemeindevertreter in Aufsichtsräten	83
1.	Gemeindevertreter im Aufsichtsrat der AG	83
2.	Gemeindevertreter im obligatorischen Aufsichtsrat der GmbH	85
3.	Gemeindevertreter im fakultativen Aufsichtsrat der GmbH	86
a)	Vorbemerkung	86
b)	Weisungsrechte Dritter	86
c)	Weisungsrechte eines Gesellschafters oder der Gesellschafterversammlung	87
aa)	Meinungsstand	87
bb)	Stellungnahme	88
d)	Anforderungen an eine Satzungsklausel zum Weisungsrecht	90

G.	Aufsichtsrat und Öffentlichkeit	92
I.	Öffentlichkeit von Aufsichtsratssitzungen	92
II.	Öffentlichkeit der Aufsichtsratssitzungen in der AG	92
III.	Öffentlichkeit der Aufsichtsratssitzungen in der GmbH	93
H.	Haftung des Aufsichtsrates	95
I.	Haftung der Aufsichtsratsmitglieder einer AG	95
1.	Grundsätzliches	95
2.	Empfehlungen zum Pflichtenmaßstab	95
a)	Verpflichtung zur Beachtung des Gemeinwohls	95
b)	Verpflichtung zur Beachtung des Kodexes	97
c)	Empfehlungen zum Verschuldensmaßstab	98
II.	Haftung der Mitglieder eines fakultativen Aufsichtsrats einer GmbH	99
1.	Empfehlungen zum Pflichtenmaßstab	99
a)	Verpflichtung zur Beachtung des Gemeinwohls	99
b)	Verpflichtung zur Beachtung des Kodexes	101
2.	Empfehlungen zum Verschuldensmaßstab	102
III.	Haftung der Mitglieder eines obligatorischen Aufsichtsrates einer GmbH	102
IV.	Zusammenfassung hinsichtlich der Haftung des Aufsichtsrates	102
§ 3	<i>Regelungen bezüglich der Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat</i>	103
A.	Informationsfluss zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat	103
B.	Verschwiegenheit des Aufsichtsrates	105
I.	Vertrauen in die Verschwiegenheit als Grundlage der Zusammenarbeit	105
II.	Verschwiegenheitspflichten im Aufsichtsrat der AG	106
1.	Aktienrechtliche Begriffe	106
2.	Öffentlich rechtliche Berichtspflicht im Konflikt mit dem AktG	107
a)	Untersuchung am Beispiel von § 113 Abs. 5 GO NRW	107
b)	Adressaten	108
c)	Berichtspflicht	108
d)	Umfang der Berichte	109
e)	Berichtsempfänger	109
aa)	Verschwiegenheitspflicht der Berichtsempfänger	109
bb)	Ratsmitglieder als gemäß § 395 AktG zur Verschwiegenheit Verpflichtete	111
cc)	Verschwiegenheit im Konflikt mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit	111
dd)	Konflikt auch bei nichtöffentlichen Sitzungen	114
3.	Gesellschaftsrechtskonformität der Kodizes	115
III.	Verschwiegenheitspflichten im fakultativen Aufsichtsrat der GmbH	116
1.	Differenzierung nach dem Umfang der Beteiligung	116
2.	Verschwiegenheitspflicht bei einer kommunalen Eigengesellschaft	117
a)	Auskunftsrecht der Gesellschafterversammlung gegenüber dem Aufsichtsrat	117
b)	Einschränkung der Verschwiegenheitspflicht gemäß §§ 394, 395 AktG analog	117
3.	Verschwiegenheitspflicht bei einer mehrgliedrigen Gesellschaft	118
a)	Auskunftsrecht nach § 51a GmbHG gegenüber dem Aufsichtsrat	118
b)	Satzungsregelungen zur Verschwiegenheit	119

c) Berichtspflicht gemäß §§ 394, 395 AktG analog	121
4. Gesellschaftsrechtskonformität der Kodizes	121
a) Vorbemerkung	121
b) Gesellschaftsrechtskonformität im Hinblick auf kommunale Eigengesellschaften	122
c) Gesellschaftsrechtskonformität im Hinblick auf mehrgliedrige Gesellschaften	122
IV. Verschwiegenheitspflichten im obligatorischen Aufsichtsrat der GmbH . . .	123
C. Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrates	123
I. Zustimmungsvorbehalte in der kommunalen Aktiengesellschaft	123
1. Vorbemerkung	123
2. Pflicht zur Implementierung von Zustimmungsvorbehalten	124
3. Zustimmungsvorbehalt in Form einer Generalklausel	124
4. Zuständigkeit zur Implementierung von Zustimmungsvorbehalten . . .	125
II. Zustimmungsvorbehalte in der kommunalen GmbH mit obligatorischem Aufsichtsrat	126
III. Zustimmungsvorbehalte in der kommunalen GmbH mit fakultativem Aufsichtsrat	126
1. Pflicht zur Implementierung von Zustimmungsvorbehalten	126
2. Zustimmungsvorbehalt in Form einer Generalklausel	127
3. Zuständigkeit zur Implementierung von Zustimmungsvorbehalten . . .	127
4. Teil Zusammenfassung und Schlussfolgerung	129
§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse zu den Anteilseignern	129
§ 2 Zusammenfassung der Ergebnisse zum Aufsichtsrat und dessen Zusammenarbeit mit dem Vorstand	131
A. Konflikte mit dem AktG	131
B. Konflikte mit dem GmbHG	132
§ 3 <i>Public Corporate Governance Kodex als Instrument der Beteiligungssteuerung</i>	133
A. Kritik am weiten Anwendungsbereich	133
B. Kritik am unklaren Verbindlichkeitsgrad	134
Abkürzungen	137
Literatur	141
Kodizes	167
Beteiligungsberichte	169
Rechtsprechung	171
Sachregister	173